



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 20.12.2013
<http://berliner-wassertisch.net>

=====

Berliner Wassertisch: Gegen Zwangs-Privatisierung durch TTIP

Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP): Keine Zwangs-Privatisierung der Wasserversorgung und der Daseinsvorsorge!

Auch die Privatisierung der Wasser-Versorgung steht auf der Tagesordnung der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen "Transatlantic Trade and Investment Partnership" (TTIP) zwischen den USA und der EU, die seit dem Sommer 2013 laufen. In dieser Woche fand die dritte Runde der geheimen Verhandlungen statt, die bis Ende 2014 abgeschlossen sein sollen. Eine öffentliche Debatte soll dabei unbedingt verhindert werden. Mit einer Ratifizierung des Abkommens durch das EU-Parlament und den Rat würden die Regeln für alle EU-Mitgliedsstaaten wirksam sein und eine umfassende Liberalisierung des internationalen Handels nach sich ziehen.

Zentraler Gegenstand der Verhandlungen sind auch Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Gesundheit, Energie, Verkehr und die Wasserversorgung. Eine neue Runde der Ausschreibungspflicht der öffentlichen Wasserversorgung steht damit wieder auf der Tagesordnung. Mit der ersten europäischen Bürgerinitiative »Right 2 Water«, die über zwei Millionen EU-Bürger unterzeichnet hatten, schien die Umsetzung der Pläne von Binnenmarktkommissar Barnier, der die Kommunen auch im Wassersektor zur Ausschreibung von Dienstleistungen verpflichten wollte, abgewehrt zu sein. Doch nun droht ein neuer Angriff auf die Betriebe der öffentlichen Versorgung, der alles bis dahin Gekannte in den Schatten stellt. Pressesprecherin Ulrike von Wiesenau kommentiert: "Mit Inkrafttreten des TTIP würde die kommunale Handlungsfreiheit durch international bindende Verträge außer Kraft gesetzt, würden lange erkämpfte Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards unterlaufen werden. Wenn öffentliche Dienstleistungen als Märkte interpretiert werden, wird eine Welle an Privatisierungen, besonders im Bereich der Daseinsvorsorge, zwangsläufig folgen. Der Widerstand der 2 Millionen anlässlich der europäischen Bürgerinitiative »Right 2 Water« darf im Rückblick als ein erstes Warmlaufen betrachtet werden angesichts der neuen Herausforderung, das Transatlantische Freihandelsabkommen abzuwenden."

Ein weiterer zentraler Punkt betrifft die Schiedsgerichtsbarkeit, die durch das TTIP allgemein eingeführt werden soll. Die Schiedsgerichtsklausel schafft Sonderrechte für Unternehmen, gegen die USA oder die EU zu klagen, wenn sie der Ansicht sind, dass ihre Gewinne durch bestimmte Auflagen im Bereich der Ökologie, des Sozialen oder des Verbraucherschutzes geschmälert werden oder werden könnten.

Wirtschaftsexpertin Gerlinde Schermer konstatiert: "Die Schiedsgerichte tagen im Geheimen, unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und der Parlamente; mit diesem Verfahren werden der Rechtsstaat und die demokratische Kontrolle ausgehebelt, samt der Gesetze, die eine andere Entscheidungsbasis bieten würden."

Angesichts der Dimension dieses transatlantischen Abkommens fordert der Berliner Wassertisch die sofortige Aufnahme einer breiten öffentlichen Debatte und eine umfassende Einbeziehung des Europäischen Parlaments und der gesellschaftlichen Organisationen und Akteure in die laufenden Verhandlungen.

Kontakt:

Gerlinde Schermer, Tel. 0177 24 62 983

Ulrike von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04

<http://berliner-wassertisch.net>